



Iran

(Islamische Republik)

Fläche: 1'648'000 km² (ca. 40x die Schweiz)

Bevölkerung: 68 Mio. (ca. 65 % unter 25 Jahren).

Hauptstadt: Teheran

Unabhängigkeit: am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran ausgerufen.

Nationalfeiertage: 11.2. (Tag der Revolution 1979) oder 1.4. (Tag der Ausrufung der islamischen Republik)

Verfassung: seit Dezember 1979, ergänzt 1989. Die Verfassung beruht auf dem islamisch-schiitischen Glaubensbekenntnis.

BSP pro Einwohner: 2121 Sfr. (2001).

Währung: 1 Rial (RI.)=100 Dinar / 100 Rial= 0.09 Sfr.

Armut: 40 % der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze (Schätzung CIA 2002).

Arbeitslosigkeit: 16.3 % (Schätzung 2003).

Ressourcen: Ölvorkommen, Erdgas, Landwirtschaft.

Landessprachen: Farsi (persisch), Türkisch, Kurdisch, Luri, Balochi, Arabisch.

Religionen: Islam (99 %), Christentum, Judentum, Baha'i, Zoroastrismus.

Ethnische Gruppen: PerserInnen 51 %, Azeris und TurkmenInnen (türkischsprachig) 26 %, KurdInnen 9 %, Gilaki und Mazandarani 8 %, AraberInnen 3 %, Baluchis 2 %, andere 1 %.

Staatsform: Islamische Präsidialrepublik seit 1979.

Administrative Einheiten: 28 Provinzen.

Wahlrecht: ab 16 Jahren.

Staatsoberhaupt: Geistlicher Führer (Revolutionsführer) Ayatollah Ali Khamenei seit 4.6.1989. Steht sämtlichen staatlichen Instanzen vor und ist letzte Autorität in der Aussenpolitik, Justiz und Sicherheit. Faktisch gewählt auf Lebzeiten.

Regierungschef: Sayed Mohammed Khatami seit 3.8.1997. Vom Volk gewählt für jeweils vier Jahre. Wiederwahl am 8.6.2001. Nächste vorgesehenen Wahlen Juni 2005.

Parlament: 290 Sitze (fünf Sitze für religiöse Minderheiten reserviert). Der konservative Wächterrat entscheidet über Konformität von Politikern und Politikerinnen und Gesetzen mit der Scharia.

Wahlen: Trotz zahlreichen Boykottaufrufen von ReformierInnen und Intellektuellen haben am 20.2.2004 die Wahlen stattgefunden. Zuvor hatte der Wächterrat weit mehr als 2000 der reformorientierten Kandidaten und Kandidatinnen disqualifiziert und somit aus der Wahl ausgeschlossen. Die Wahlbeteiligung lag bei 50,6 % (niedrigster Stand seit Ausrufung der Republik). Die reformistischen Kräfte sind die grossen VerliererInnen der Wahlen. Sie belegen nur noch rund 40 Sitze der 290 Sitze. (Letzte Wahlen rund 190 Sitze). Mindestens acht Menschen wurden bei Ausschreitungen nach den Wahlen getötet, über 38 verletzt.

Wichtigste Parteien: Legal: Jebbeh-ye Masharekat-e Iran-e Islami und Sazemane Mojahedine Enqelabe Eslami. Illegal und unbewaffnet: Nehzat-e Azadi (Freedom Movement of Iran), grösste Oppositionspartei; Hezb-e Mellat-e Iran (Iran Nation Party); Rahe Kardar (Organization of Revolutionary Workers of Iran); Hezb-e Kommunist Iran (Communist Party of Iran); Hezb-e Democrat-e Kordestan Iran; Tudeh-Partei. Die wichtigste bewaffnete Oppositionsgruppe ist die MKO (Mujaheddine Khalgh Organisation), in USA und EU auf der Liste der Terrororganisationen. Die Constitutionalist Party of Iran ist exilpolitisch tätig, AnhängerInnen droht bei Rückkehr in den Iran Verfolgung.

Recht und Gerichtswesen: Der Oberste Gerichtshof und das Klerikergericht sind direkt Khamenei unterstellt. Daneben gibt es das Staatsgericht, das Revolutionsgericht, das Militärgericht und das Pressegericht. Die Gerichtsverfahren zeichnen sich durch geschlossene Prozesse, zeitlich unlimitierte Untersuchungshaft und etliche weitere Missachtungen internationaler Standards aus. Für Verurteilungen reichen Zeugenaussagen, Eidesaussagen oder das "Wissen der Richter". Auf vielen





SFR OSAR

iranischen Gerichtsdokumenten finden sich keine auffallenden Sicherheitsmerkmale (z.B. offizielle Unterschrift, Stempel, Wasserzeichen etc.). Je nach Vergehen reichen die Straftaten von Bussen über öffentliche Demütigungen und Körperstrafen (Auspeitschung, Amputationen) bis hin zur Todesstrafe. Für Minderjährige gelten die gleichen (Körper)-Strafen wie für Erwachsene. Bei Mord an einem Familienmitglied bestimmt ein männlicher Verwandter, ob das Todesurteil vollstreckt werden soll. Die Familie des Opfer kann das Verbrechen auch privat rächen. Es gibt nach wie vor Fälle von Blutrache im Iran. Die Gefängnisse sind überfüllt, und es mangelt an Sicherheit und Hygiene. Folter, Verweigerung medizinischer Behandlung und Vergewaltigung sind an der Tagesordnung.

Sicherheitskräfte: Im Iran gibt es verschiedene Sicherheitsdienste, die in einem unübersichtlichen und dichten Netz ihre Aktionen durchführen. Der iranische Geheimdienst gilt als der wahrscheinlich grösste im Mittleren Osten und verfügt über eigene (geheime) Gefängnisse, in denen oft Leute umkommen. Die Revolutionsgarden ("Pasdarans") sind für die innere Sicherheit unter dem Aspekt der Wahrung islamischer Werte und für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Die Polizei besteht aus zahlreichen Einheiten (Sondereinsatzkommando in Teheran, Justizpolizei, Gefängnispolizei; die Gründung einer Internetpolizei und einer Touristenpolizei ist geplant). Den Polizeikräften werden ebenfalls zahlreiche Menschenrechtsverletzungen bis hin zum spurlosen Verschwinden von Personen zugeschrieben. Unter den Basiji-Milizen (v.a. Spitzeltätigkeit) finden sich Freiwillige ab elf Jahren. Die Ansar-i Hizbullah stützen sich auf eine konservative Auslegung des Islam und gelten als Schlägertruppe, toleriert von konservativen Kräften. Die Ashura-Brigaden bilden die Elite (rekrutiert aus den zwei letztgenannten).

Wehrdienst: Freiwillige Rekrutierung ab 16 Jahren, 21 Monate obligatorischer Dienst ab 18 Jahren. Es existiert keine Alternative zum Wehrdienst, Verweigerung wird bestraft.

Chronik: Die iranische Gesellschaft ist seit Jahren geprägt vom Kampf zwischen Reformkräften und Konservativen, zwischen Reformenversuchen und Repressionshandlungen. Die Wahl des Reformpräsidenten Khatami 1997 nährte Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen. Doch bis heute sind es mehr als 80 % der von Khatami unterschriebenen und vom Parlament verabschiedeten Gesetzesvorlagen, die vom Wächterrat blockiert wurden. Bereits 1998 schloss der Wächterrat eine Vielzahl der Kandidierenden für den Expertenrat (bestimmt die Stellung des Revolutionsführers) aus. Im Februar 1999 konnten erstmals Kommunalwahlen stattfinden, bei denen reformistische Kräfte einen triumphalen Sieg erlangten. Vier Jahre später jedoch verloren sie fast alle ihre Sitze – die enttäuschte reformorientierte Bevölkerung setzte ein deutliches Zeichen. Im Juni 2003 brachen Proteste von Studierenden in Teheran aus, die sich erstmal nicht nur gegen das religiöse Regime, sondern auch gegen die Regierung Khatamis richteten. Im Vorfeld der Wahlen im Februar 2004 wurden zahlreiche Oppositionelle und KritikerInnen festgenommen und der Machtkampf des Wächterrates und den reformistischen Kräften spitzt sich zu: Obwohl die Regierung Khatamis immer noch beteuert, demokratische und faire Wahlen sicherstellen zu wollen, scheint deren Umsetzung nach Ausschluss unzähliger Kandidierenden äusserst unsicher. Rund ein Drittel der amtierenden ReformistInnen trat am 2.2.04 aus Protest zurück.

Menschenrechtssituation: Der Wächterrat hat in den letzten Jahren Dutzende von Gesetzesreformen, die eine Verbesserung der Menschenrechtssituation zum Ziel hatten, abgelehnt. Menschenrechtsorganisationen berichten von aussergerichtlichen Tötungen, Massensexekutionen, Entführungen, weit verbreiteter Folter, harten Bedingungen in den Gefängnissen, willkürlichen Verhaftungen, fehlenden oder unfairen Gerichtsverfahren, Übergriffen auf Zivilpersonen, Eingriffen in die Privatsphäre und Restriktionen der Meinungs-, Versammlungs-, Religions- und Bewegungsfreiheit. Iran hat weder die Konvention gegen die Diskriminierung der Frauen noch die Folterkonvention unterzeichnet. Minderheiten, die sich für ihre Rechte einsetzen, können der Todesstrafe zum Opfer fallen.

Angehörige religiöser Minderheiten (Christentum, Judentum, Baha'i) gehören zu den gefährdeten und besonders verletzlichen Gruppen im Iran, ebenso wie regimekritische Medienschaffende, Studierende, AkademikerInnen, KünstlerInnen und Oppositionelle. Illegal ausgereiste IranerInnen, die ins Land zurückkehren, haben mit Haftstrafen zwischen 1 Monat und 3 Jahren zu rechnen.

Asylgesuche in der Schweiz: 2003: neue Asylgesuche 262 (inkl. 3 Geburten); 21 Asylgewährungen, 314 Ablehnungen, 29 Nichteintreten, 13 Rückzüge, 43 Abschreibungen. Ende 2003 waren 272 Gesuche erstinstanzlich hängig.

Quellen: SFH, Iran – Reformen und Repression, 2003; SFH, Iran – Update 2001; CIA: World Factbook 2003, Fischer Weltalmanach 2004; Iran; www.admin.bff.ch; www.nzz.ch.

